



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 836 890

E/XVI/167 - 27. Juni 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Bundesverteidigungsminister Strauss in San Francisco</u> Eine merkwürdige Rede	95
3 - 4	<u>Wer kümmert sich um die griechischen Arbeiter</u> <u>in der Bundesrepublik?</u>	66
	Ihre Zahl wird voraussichtlich von 60 000 auf 200 000 ansteigen Von Dr. Basil Mathiopoulos	
5	<u>Wargungen der Wissenschaftler</u> Gerechtfertigtes SPD-Gesundheitsprogramm	58
6	<u>Gedankenlosigkeit</u> "Bundesbürger in fünf Minuten"	35

\* \* \*  
\* \* \*

Bundesverteidigungsminister Strauss in San Francisco

Eine merkwürdige Rede

sp - Millionen Deutsche haben Mittwochabend vor den Fernseh-  
schirmen die aufrechten Äusserungen des amerikanischen Präsidenten  
zur Kenntnis nehmen können, mit denen er die Haltung seines Staates  
und Volkes und zugleich auch des ganzen freien Westens zu den inter-  
nationalen Problemen aller Welt vernehmbar verdolmetscht hat.

Es besteht aber Anlass, auch eine andere Rede sehr aufmerksam  
zur Kenntnis zu nehmen, die wenige Stunden, b e v o r Kennedy  
über alle Rundfunk- und Fernsehsender der USA sprach, in dem glei-  
chen Amerika von dem Verteidigungsminister der Regierung Aderauer  
gehalten worden war. Herr Strauss verbreitete sich vor amerikani-  
schen Wirtschaftskreisen in dem exklusiven San Francisco - "Bohemian  
Club", in dem er sich zehn Tage lang zur Erholung aufhielt, über  
das rein aussenpolitische Thema "Deutschland und die Verteidigung  
der freien Welt". Der Text dieser Rede ist bereits am Dienstag-  
nachmittag in Bonn von der Pressestelle des Bundesverteidigungsmini-  
sters in den Bonner Pressehäusern verbreitet worden. Dass einige  
höchst bemerkenswerten Passagen dieser Strauss-Rede weitesten Krei-  
sen der westdeutschen Bevölkerung t r o t z d e m unbekannt  
geblieben sind, ist zwar merkwürdig, geht aber nicht auf sein Konto.

Was also hat der Bundesverteidigungsminister wenige Stunden  
vor Kennedys grosser Botschaft in jenen Passagen seiner Rede gesagt,  
die irgendwelchen hintergründigen Streichungen zum Opfer fielen?  
Strauss hat einmal in erstaunlich deutlichen Sätzen seine unverhüll-  
te Skepsis an der Standfestigkeit des Westens in der Selbstbestim-  
mungsfrage zum Ausdruck gebracht. Strauss sagte wörtlich:

"Es handelt sich darum, ob die Westmächte zum zweiten Male den  
Abfall vom Selbstbestimmungsrecht begehen und die offene Freigabe  
des Selbstbestimmungsrechtes zugestehen. Zum ersten Male haben sie  
es leider - sei es bewusst (!!), wahrscheinlich (!!) unbewusst -  
gegenüber den osteuropäischen Völkern getan, Polen, Tschechoslowa-  
kei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien. Zum Teil waren sie auch nicht in  
der Lage, es zu verhindern".

Und daraus zog Strauss die aktuelle Nutzenanwendung: "Wenn die  
Teilung Deutschlands, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes  
von den freien Völkern nicht nur duldsam hingenommen wird, sondern  
feierlich sanktioniert wird, so ist das ein grosser Sieg des Kommun-  
ismus".

Was sollten diese Erklärungen und Warnungen noch am 25. Juli 1961,  
wenige Stunden vor der Kennedy-Rede, deren Wortlaut zweifellos auch  
dem in den USA weilenden Bundesverteidigungsminister geläufig sein  
musste, nachdem er schon am Dienstagmittag dem Bundeskanzler so ge-  
nau bekannt war, dass er vor Bonner Journalisten diese Rede vollin-  
haltlich begrüssen und unterstützen konnte?! Was also hatte Strauss

im Sinne, als er in San Francisco seine Skepsis an der Standfestigkeit des Westens so offen und massiv äusserte? Glaubte sich Strauss im Besitze von Informationen, die, wenige Stunden vor Kennedys Rede, das Aussprechen solcher skeptischer Mahnungen an die USA und an die freie Welt zuliesse? Oder spielte sich der Bundesverteidigungsminister wieder einmal auf, um seine Potenz als ausserpolitischer Vorkämpfer eines starken Westens darzulegen? Und stimmt es, dass Adenauer nach Kenntnisnahme dieses oratorischen Meisterstückes seines Verteidigungsministers Vertrauen gegenüber seinem Unwillen freien Lauf liess? Und stimmt es schliesslich, dass als Ausfluss dieses Kanzler-Unwillens vor allem und gerade diese Passage der Strauss-Rede in der westdeutschen Presse praktisch "unterging"?

Lassen wir den zweiten Ausspruch aktueller Strauss-Skepsis einmal beiseite, nämlich die Passage, in der er - ausgerechnet nach seinen langen Gesprächen mit dem US-Verteidigungsminister McNamara und noch wenige Stunden vor der ihm bekannten Kennedy-Rede! - den Westen vor der "Herausnahme der taktischen Atomwaffen aus den Frontdivisionen am Eisernen Vorhang" warnte, weil das der erste Schritt auf dem von Moskau gewünschten Wege zur Neutralisierung, nämlich zum Entstehen eines militärischen Vakuums wäre.

Politisch wichtiger ist es, dass Strauss in seiner Dienstag-Rede in San Francisco mit aller Entschiedenheit Front gegen das machte, was er in seiner bildhaften Sprache "kleine Manöver" nannte. Strauss stellte sich in San Francisco nämlich als ein Gegner von Konferenzen mit der UdSSR mit folgenden eindeutigen Worten vor:

"Darauf (nämlich auf die globale sowjetische Bedrohung) kann es nicht eine Antwort durch kleine Manöver, durch wöchentlich wechselnde Pläne und durch ständig neue Erkundungen des unverrückbaren sowjetischen Willens geben ...".

Straussens einzige Antwort, die er "historisch" nennt, ist die atlantische Einheit zwischen Nordamerika und Europa, worunter er ganz Europa versteht.

Auf diese "historische" Antwort kommt es hier aber gar nicht an. Wichtig allein ist festzuhalten, dass sich der Bundesverteidigungsminister, kraft seiner Position im Bonner Kabinett und als Vorsitzender der zweiten Bonner Koalitionspartei der zweitstärkste Mann in der Regierung Adenauer, entschieden gegen "ständig neue Erkundungen des unverrückbaren sowjetischen Willens" ausgesprochen hat, den er als "eine Fortsetzung der Weltrevolution und der Welteroberung" qualifizierte. Diese völlig unmissverständliche Erklärung des Bundesverteidigungsministers erfolgte, um es noch einmal zu wiederholen, wenige Stunden vor der Kennedy-Rede, in der der amerikanische Präsident bei aller Bereitschaft zur entschiedenen Verteidigung der westlichen Interessen seinen Willen geäussert hat, "durch besonnenes Sondieren auf formellen und informellen Zusammenkünften nach dem Frieden zu streben".

Herr Strauss hat mit seiner Rede vom 25. Juli in San Francisco als Bundesverteidigungsminister der Bundesregierung hochoffizielle Erklärungen abgegeben, die nicht dadurch ungeschehen gemacht werden können, dass sie in einem Teil der westdeutschen Presse einfach nicht zur Kenntnis genommen werden.

Wer kümmert sich um die griechischen Arbeiter in der Bundesrepublik?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die verhältnismässig guten Möglichkeiten, die sich für Griechenland aus der Assoziation mit den Ländern der EWG ergeben, lenken umso schärfer den Blick auf die Schatten, die bisher das Leben des griechischen Arbeiters verdunkelten. Die mangelnde inländische Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte führte in den beiden letzten Jahren zu einer stetigen Zuspitzung der sozialen Frage in Griechenland. Die Zahl der brach liegenden oder nur teilweise ausgewerteten Arbeitskräfte wird von deutschen Wirtschaftsexperten auf eine Million Griechen geschätzt. Das entspricht den griechischen Angaben, die neben der Masse der Unterbeschäftigten 250 000 Arbeitslose registrierten, die zum Teil in der Auswanderung in hochindustrialisierte Länder ihr Heil suchen.

Von den über 60 000 griechischen Arbeitern, die gegenwärtig in der Bundesrepublik beschäftigt sind, sind 48 000 durch die im Sommer 1960 in Bonn unterzeichneten bilateralen Verträge über Arbeitsbedingungen und Sozialversicherung erfasst. Über 12 000 griechische Arbeiter sind aber auf eigene Initiative und mit dem Risiko einer mangelnden übergeordneten vertraglichen Sicherung bei deutschen Industrieunternehmen eingetreten. Zuständige Stellen erwarten bis Ende 1962 ein Hochschnellen des Gesamtkontingentes auf insgesamt 200 000 Arbeiter.

Bezeichnend für die soziale Wirklichkeit, die diese Entwicklung verursacht, ist die Tatsache, dass ungefähr 80 Prozent dieser Arbeiter Bauernsöhne, zum Teil aus den landwirtschaftlichen Hauptanbaugebieten Thrazien und Mazedonien, sind. Verschärft wird deren Lage noch durch die seit Jahren zunehmende Landflucht, die z.B. Athen (einschliesslich Piräus) zu einem 'Wasserkopf' anwachsen liess, dessen Einwohnerzahl von 1,3 Millionen im Jahre 1946 auf 1,8 Millionen bei der Volkszählung im Februar dieses Jahres anstieg; wohlgererkt, bei einer Gesamteinwohnerzahl Griechenlands von 8,3 Millionen!

27. Juli 1961

Das ist die griechische Wirklichkeit, die es bedingt, dass immer mehr Arbeitskräfte im Ausland Beschäftigung suchen müssen. Natürlich liessen sich Änderungen dieses Zustandes herbeiführen, wenn man den natürlichen Reichtum Griechenlands - zum Beispiel Fische, Zyrus- und Südfrüchte - planvoll für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft einsetzen würde. Aber das sind wohl auf längere Sicht zu lösende Probleme. Im Augenblick und wahrscheinlich noch für einige Jahre muss für den im Ausland arbeitenden griechischen Arbeiter richtig gesorgt werden. Das ist zur Zeit nur begrenzt der Fall.

Athen hat bis jetzt nur einen einzigen Betreuer zur Verfügung gestellt. Dieses Versäumnis der griechischen Regierung ist unverständlich, denn ausser den über sechs Millionen DM, die monatlich als willkommene Devisen nach Griechenland fliessen, erspart der Fiskus ja auch Unterstützung der Familien und Arbeitslosen, abgesehen davon, dass laut Vertrag die Sozialleistungen von der Bundesrepublik aufgebracht werden. Als Folge des Mangels guter Betreuung sehen die meist sprachunkundigen griechischen Arbeiter einzig in der Bonner griechischen Botschaft und in den griechischen Konsulaten, die in 11 westdeutschen Städten bestehen, ihre Zufluchtsstätte. Als Reaktion auf diese Überbeanspruchung, die im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit unzumutbar ist, hat der Generalkonsul Griechenlands in Düsseldorf, Paul Kellen, der bereits acht Jahre diese Funktion ausübt, seine Demission angekündigt, da er unmöglich für die 20 000 Griechen, die innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches leben, die menschlich notwendige Fürsorge leisten kann.

Es ist ausser Frage, dass diese Fürsorge sich nicht in einer hygienisch einwandfreien Unterbringung erschöpfen kann. Sie verlangt eine kulturelle und religiöse Betreuung, Beratung bei wirtschaftlichen und rechtlichen Schwierigkeiten und nicht zuletzt die Schaffung von Verbindungen auf gewerkschaftlicher Ebene, die dem Einzelnen die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge garantieren, von denen sich vielleicht ein geschäftstüchtiger Unternehmer mangels einer übergeordneten Kontrolle dispensieren könnte. Der neue griechische Botschafter in Bonn, Professor Tsatsos, bemüht sich um eine positive Behandlung dieser dringlichen Fragen seitens seiner Regierung, um so möglichst bald die Mißstände zu beheben.

### Warnungen der Wissenschaftler

sp - Längst ist den Wahlmanagern der CDU/CSU das Lachen über den Satz des sozialdemokratischen Regierungsprogrammes vergangen, der da sagt, der Himmel über dem Ruhrgebiet müsse wieder blau werden. Im Ruhrgebiet hat man darüber nicht gelacht, und die CDU-Sprecher küveten sich, die Schale ihres Hohns und Spottes darüber auszugießen. Sie wären davon gejagt worden.

Dass die vergiftende Luftverpestung auf ein Mindestmaß beschränkt werden könnte, sofern eben die dazugehörenden Maßnahmen getroffen werden, beweisen Untersuchungen anerkannter Wissenschaftler. Das ist auch die Auffassung des Hygiene - Instituts in Gelsenkirchen. Es hat ein Jahr lang Untersuchungen in drei Städten des Ruhrgebietes angestellt, wobei die Wissenschaftler von der Voraussetzung ausgingen, dass während einer halben Stunde nicht mehr als zwei Kubikzentimeter des lebensgefährdenden Schwefeldioxyd in zehn Kubikmetern Luft enthalten sein dürfen. Jedes Mehr ist schädlich.

Sie kamen zu folgenden Ergebnissen:

Bei schlechtem Wetter, dichter Wolkendecke, Nebel- oder Nieschregen wird das Maß des Erträglichen überschritten. An einer Stelle waren 96 Stunden, an einer anderen Stelle 272 Stunden im Jahr, in denen die Menschen den schweren, gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Schwefeldioxyd ausgesetzt waren.

Sie stellten fest:

Von Oktober bis Februar steigt der Gehalt an Schwefeldioxyd besonders in der Zeit zwischen 10 und 11, und 20 bis 22 Uhr.

Weiter:

In den dichtbesiedelten Ballungsgebieten ist der Luftgehalt an diesem schädlichen Gas grösser als in aufgelockerten Stadtgebieten.

Es ist nicht Sache der Wissenschaftler, die Schäden, die sie entdeckten, zu heilen. Dazu wären sie auch nicht in der Lage. Das bleibt der Gesundheits- und Gesellschaftspolitik vorbehalten. Das sozialdemokratische Regierungsprogramm sieht gerade auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung umfassende Maßnahmen vor. Wenn die Wissenschaft die Möglichkeit aufzeigt, Schäden, wie sie durch die Luftverpestung den Menschen zugefügt werden, zu beseitigen, dann ist es die Pflicht der politischen Kräfte, diese Möglichkeiten in der Praxis durchzusetzen. Lange genug haben diese vernachlässigt. Eine von Sozialdemokraten geführte Regierung wird dafür Sorge tragen, dass dem Skandal der Gefährdung der Menschen durch verpestete Luft ein Ende bereitet wird.

Gedankenlosigkeit

P.Sch. - "Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren, hat das deutsche Volk, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war". So steht es in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Deshalb konnte und musste im Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes niedergelegt werden, dass "Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes .. ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat". Hiernach sind deutsche Staatsangehörige auch alle jene Deutschen, die in der Sowjetzone leben, obwohl diese nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gehört. So lernen es auch unsere Kinder in der Schule

Man sollte meinen, dass dies allgemein bekannt sein müsste. Wer dies meint, der ist am 22.7.61 von einer grossen renommierten Tageszeitung enttäuscht worden. Einen Bericht aus dem Durchgangslager für Flüchtlinge in Giessen hat diese Zeitung mit der Überschrift "Bundesbürger in fünf Minuten" versehen und von "Bundesbürger mit frischem Ausweis" gesprochen. Das sind gefährliche Worte. Mit ihnen wird zum Ausdruck gebracht, dass die zu uns geflüchteten deutschen Sowjetzonenbewohner in die Bundesrepublik "eingebürgert", also einem das Staatsrecht berührenden Akt unterworfen werden, was natürlich nicht zutrifft. Abgesehen davon, dass dem Grundgesetz der Begriff "Bundesbürger" fremd ist, könnte mit diesen - sicher ungewollten, gedankenlos gebrauchten, aber völlig unbegründeten und unberechtigten, jedoch umso gefährlicheren Worten der Eindruck hervorgerufen werden, dass zwei deutsche Staaten legitim bestehen. Es kann und darf auf keinen Fall davon die Rede sein, denn erfahrungsgemäss sind solche unbedachten Äusserungen den Sowjetzonenmachthabern sehr willkommen, weil sie darauf ihre Behauptungen von der Existenz zweier deutscher Staaten stützen können.

Wir wollen gern hoffen, dass es bei dieser einmaligen Entgleisung bleibt. Es kann nicht eindringlich genug vor solcher Gedankenlosigkeit gewarnt werden.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel